

Niederschrift
über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 27.09.2011

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Rainer Lux (Vorsitzender)
Herr Frank Strothmann
Herr Detlef Werner

SPD

Herr Hans Hamann
Frau Barbara Schneider
Herr Holm Sternbacher
Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ulrike Künnemann
Herr Klaus Rees

BfB

Herr Ralf Schulze

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Bürgernähe

Frau Barbara Geilhaar

Nicht anwesend:

Frau Karin Schrader (SPD)

Von der Verwaltung:

Frau Sieker – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Frau Wemhöner - Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest. Wegen fehlender Fachausschussbeschlüsse schlagen die Herren Werner und Rees vor, die Entscheidung über die Tagesordnungspunkte 4 – Weitere Förderung des BAJ – und 12 – Sondernutzungssatzung – bis zu einer Sondersitzung vor der Ratssitzung am 06.10.2011 zurückzustellen.

Der Finanz- und Personalausschuss fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

Die Punkte 4 und 12 werden von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und im Rahmen einer Sondersitzung am 06.10.2011 beraten.

- einstimmig beschlossen -

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 12.07.2011

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 12.07.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

1. Mitteilung:

Herr Lux teilt mit, dass Herr Löseke längere Zeit erkrankt sei. Herr Moss als Vertreter des Stadtkämmerers könne an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen, da zeitgleich der Stadtentwicklungsausschuss tagt.

2. Mitteilung:

Herr Berens informiert über den Stand der Umsetzung des Konjunkturpaketes II bei der Stadt Bielefeld. Aktuell ergebe sich folgendes Bild:

Förderbereich Bildung

Träger	Gesamtvolumen	abgerufene Mittel (Stand 13.09.2011)	in % am Gesamtvolumen (Stand 13.09.2011)
Stadt Bielefeld	21.337.786,00 €	17.199.115,35 €	80,60%
Freie Träger / Dritte	5.719.590,00 €	2.983.142,80 €	52,16%
Gesamt	27.057.376,00 €€	20.182.258,15	74,59%

Förderbereich Infrastruktur

Träger	Gesamtvolumen	abgerufene Mittel (Stand 13.09.2011)	in % am Gesamtvolumen (Stand 13.09.2011)
Stadt Bielefeld	10.269.529,00 €	8.647.085,68 €	84,20%
Freie Träger / Dritte	1.622.221,00 €	1.529.811,43 €	94,30%
Gesamt	11.891.750,00 €	10.176.897,11 €	85,58%

Weiter erklärt Herr Berens, dass nach Mitteilung der Bezirksregierung Mittelabrufe bis zum 15.12.2011 möglich seien. Um die fristgemäße Umsetzung sicherzustellen, wurde den Freien Trägern mitgeteilt, dass bis zum 26.10.2011 alle Rechnungen bei der Stadt eingereicht sein müssen. Vereinzelt gebe es Hinweise darauf, dass insbesondere im Förderbereich Bildung noch Maßnahmen in den Herbstferien geplant seien und sich die fristgemäße Vorlage der letzten Rechnungen daher schwierig gestalten.

Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4 Weitere Förderung des BAJ

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 3055/2009-2014

vertagt

Zu Punkt 5

Wiederaufnahme der Haushaltsplanung 2012ff.

1. Erlass des Innenministeriums zu § 76 GO NRW

2. Zeitplan für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2012 inkl. HSK und Wirtschaftspläne (als Anlage 3 nochmals beigefügt)

Herr Berens erläutert kurz die Inhalte des neuen Ausführungserlasses zu § 76 GO NRW und den aktuellen Zwischenstand der Haushaltsplanungen 2012ff. Der Wortlaut der Ausführungen ist als **Anlage 3** diesem Protokoll beigefügt. Herr Lux weist darauf hin, dass nach dem Entwurf des Sitzungskalenders für 2012 die letzte Ratssitzung vor den Sommerferien für den 05.07.2012 vorgesehen sei. Im Zeitplan für die Haushaltsplanaufstellung sei die Verabschiedung des Haushalts dagegen bereits am 28.06.2012 vorgesehen. Dieser Termin sei ggf. zu korrigieren.

Zu Punkt 6

Dienstanweisung Finanzbuchhaltung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3050/2009-2014

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Dienstanweisung „Finanzbuchhaltung“ zur Kenntnis.

Zu Punkt 7

Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer A und B für das Haushaltsjahr 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2920/2009-2014

Frau Schmidt verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag ihrer Fraktion, der eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf 490 v. H. vorsieht. Sie führt aus, dass eine weitere Erhöhung aus verschiedenen Gründen gerechtfertigt sei. Zunächst einmal sei festzustellen, dass die letzte Erhöhung bereits 17 Jahre zurück liege. In dieser Zeit habe der Bund die gesetzlichen Berechnungsgrundlagen verändert, so dass ein Vergleich mit 1994 gar nicht mehr möglich sei. Darüber hinaus hätten bereits im ersten Haushaltssicherungskonzept verschiedene Personenkreise Leistungskürzungen hinnehmen müssen, während Steuerpflichtige nicht belastet wurden. Ihres Erachtens sei eine Erhöhung des Hebesatzes auf 463 v. H. zu zurückhaltend. Herr Rees verweist darauf, dass die Hebesatzerhöhung Bestandteil des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes sei, welches bewusst so gestaltet wurde, dass Ertragssteigerungen und Aufwandskürzungen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Er weise den von Frau Schmidt vermittelten Eindruck, dass im HSK zu Lasten sozial Schwacher gespart würde, entschieden zurück. Aus seiner Sicht sprechen folgende vier Punkte für die jetzt zu beschließende Hebesatzerhöhung:

1. Es handelt sich um eine Gewinnsteuer.
2. Die Steuer wurde seit 1994 nicht erhöht.
3. Die Stadt bietet Gewerbetreibenden eine gute Infrastruktur, die mit den Mehrerträgen erhalten und - wo möglich - ausgebaut werden kann.
4. Im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt Bielefeld gibt es keine rechtlichen Spielräume.

Herr Werner erklärt, dass seine Fraktion weder dem Antrag noch dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Seines Erachtens benötige die Wirtschaft Freiräume, um ihre Leistungsfähigkeit und damit auch Arbeitsplätze zu erhalten. Es sei aber nicht erkennbar, dass mit den Mehrerträgen bessere Rahmenbedingungen für die Gewerbetreibenden geschaffen würden. Darüber hinaus müsse der Hebesatz der Stadt mit den Hebesätzen der umliegenden Gemeinden verglichen werden und nicht mit dem Durchschnittshebesatz weit entfernter Städte ähnlicher Größe. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen bezweifle er zudem, dass die Bezirksregierung eine Steuererhöhung erzwingen würde. Herr Schulze schließt sich den Ausführungen von Herrn Werner an und teilt mit, dass er sich eher eine Erhöhung der Grundsteuer vorstellen könne, da diese nicht konjunkturrempfindlich sei und alle Bevölkerungsteile treffe. Herr Buschmann stellt fest, dass seiner Fraktion der Beschluss zur Erhöhung der Gewerbesteuer durchaus schwer falle. Auch er halte es grundsätzlich für sinnvoller, den Vergleich mit dem Umland zu suchen. Er wisse jedoch, dass die Kommunalaufsicht das HSK in seiner Gesamtheit betrachten müsse und auf eine ausgewogene Konsolidierung achten werde. Auf der Ertragsseite habe man leider keine nennenswerten Alternativen. Rechtlich sehe er daher keinen Handlungsspielraum, wenn die Genehmigung des HSK nicht gefährdet werden soll.

Herr Hamann führt aus, dass er den rechtlichen Zwang nicht in den Vordergrund stellen wolle. Ihm sei vielmehr eine ausgewogene Konsolidierung wichtig, die die Stadt in die Lage versetzt, weiterhin eigenverantwortlich Finanzentscheidungen zu treffen. Schließlich sei festzustellen, dass die Gewerbesteuer seit 17 Jahren nicht angepasst

wurde und eine Erhöhung nun erforderlich sei, um bessere Rahmenbedingungen für die Gewerbetreibenden zu schaffen. Von daher sehe er auch keine Konkurrenzsituation zum Umland.

Auf die Äußerungen von Herrn Schulze eingehend erklärt Herr Rees, dass die Grundsteuer um ein Vielfaches angehoben werden müsste, um vergleichbare Effekte wie bei der Gewerbesteuer zu erzielen. Seines Erachtens ergebe sich schon allein daraus ein großes Akzeptanzproblem in der Bevölkerung. Frau Geilhaar teilt mit, dass sie die Erhöhung der Gewerbesteuer ebenfalls für erforderlich halte und dass sie auch nicht befürchte, dass die Gewerbetreibenden deshalb ins Umland flüchten. Vielmehr sei das Signal wichtig, dass sich nun auch die Wirtschaft an der Haushaltskonsolidierung beteilige.

Herr Lux lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion „DIE LINKE“ abstimmen:

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Hebsatz für die Gewerbesteuer wird für das Jahr 2012 auf 490 v. H. festgesetzt.

- bei einer Ja-Stimme mit großer Mehrheit abgelehnt -

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer A und B für das Haushaltsjahr 2012 zu beschließen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 8

Leistung des Bundesfreiwilligendienstes bei der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3064/2009-2014

Frau Sieker erläutert kurz den Inhalt der Vorlage und weist darauf hin, dass der Bundesfreiwilligendienst sehr schleppend angelaufen sei, da anfangs noch zahlreiche Rahmenbedingungen unklar waren. Inzwischen

sei aber zum Beispiel geklärt, dass der Dienst nicht kindergeldschädlich sei. Weiter erläutert sie die Anzahl der vorhandenen Einsatzstellen und die Vergütungsregelungen.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von der Leistung des Bundesfreiwilligendienstes bei der Stadt Bielefeld Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Benutzungsordnung und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld für die Stadtbibliothek

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2842/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die Benutzungsordnung und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld für die Stadtbibliothek entsprechend der Anlage zu beschließen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Feuerwehramt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2922/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Im Ergebnisplan wird im Budget des Feuerwehramtes bei der Kostenstelle 370090 (noch zu verrechnende Kosten), Sachkonto 54220062 (Mieten und Pachten ISB) ein Betrag von 368.714 € überplanmäßig bereit gestellt. Deckung im Budget Allgemeine

Finanzwirtschaft bei dem PSP-Element 11.16.01.01 (Allgemeine Finanzwirtschaft), Sachkonto 54220062.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11 **Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2011**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2638/2009-2014/1

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, folgende Verwendung der finanziellen Mittel aus der ÖPNV-Pauschale nach § 11 ÖPNVG NRW zu beschließen:

- 600.000 € werden als Aufgabenträgeranteil zur Verbesserung des ÖPNV eingesetzt.
- 2,729 Mio. € werden an die moBiel GmbH zur anteiligen Finanzierung der XXL-Stadtbahnwagen (Vamos) weitergeleitet.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12 **Gestaltungskonzept für die Sondernutzungen im Stadtgebiet Bielefeld und Neufassung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2679/2009-2014

vertagt

Zu Punkt 13

Einführung eines Sozialtickets in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2994/2009-2014

Herr Werner erklärt, dass ihm die Aussage wichtig sei, wonach die Maßnahme einzustellen ist, wenn die Landesförderung auslaufen sollte. Frau Schmidt sieht in dem Sozialticket eine halbherzige Lösung, da es vielen Berechtigten nicht möglich sein werde, den Eigenanteil aufzubringen. Frau Geilhaar verweist auf gute Erfahrungen mit dem Sozialticket in Köln. Ihres Erachtens bestehe die Aussicht, dass sich die Maßnahme rentiert und zu einer Dauereinrichtung wird.

Beschluss:

1.) Die Einführung des Sozialtickets im ÖPNV in der Stadt Bielefeld wird als Pilotprojekt in Abstimmung mit der moBiel GmbH spätestens ab dem 1.12.2011 unter Anwendung der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im ÖPNV NRW (Richtlinien Sozialticket 2011) beschlossen. Das Pilotprojekt ist umgehend einzustellen, wenn eine Verschlechterung der Einnahmesituation der moBiel GmbH bzw. ein Defizitrisiko für die Stadt Bielefeld zu erwarten ist.

2.) Die Erlasslage des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW vom 28. Juli 2011, wonach keine finanzaufsichtlichen Bedenken gegen eine Teilnahme von Nothaushaltskommunen an der Pilotphase besteht, wird zur Kenntnis genommen.

3.) Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Detmold die Fördermittel gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im ÖPNV NRW zu beantragen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Frühkindliche Gesundheitsförderung in KiTas

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2983/2009-2014

Herr Werner betont, dass man die Informationsvorlage heute lediglich zur Kenntnis nehme. Inwieweit entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden, sei im Rahmen der weiteren Haushaltsplanaufstellung zu prüfen.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur frühkindlichen Gesundheitsförderung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15 Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)

Beratungsgrundlage: Anlage 1

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Bielefeld, 27.09.2011

Rainer Lux
(Vorsitzender)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)